



SIEMENS

Turbinenbau
und
Kraftwerks-
technik

**Konzerne an die
Kette – Arbeits-
plätze sichern!**

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

It's capitalism, stupid!

»It's the economy, stupid!« – »Es ist die Wirtschaft, Dummkopf!« Das schärfte Bill Clintons Wahlkampfmanager 1992 seinen Leuten ein. Also: Auf die Wirtschaft kommt es an, unterschätzt sie nicht! Allen, die sich wundern, wenn große Unternehmen trotz Erfolgs massenhaft Jobs vernichten wollen, möchte man entsprechend zurufen: »It's capitalism, stupid!« – bedenkt, was dieses Wirtschaftssystem ausmacht: Unternehmer erwarten hohe Renditen, ordnen Arbeitsplatzzerhalt unter.

Bombardier, Siemens, Waggonbau Niesky

Immer wieder entlassen Konzerne trotz guter Auftragslage Beschäftigte und schließen Betriebsteile – weil sie nicht mehr ins Portfolio passen, Managemententscheidungen falsch oder Profite zu niedrig sind, oder weil Finanzinvestoren den schnellen Euro wollen. Die sächsischen Standorte von Bombardier und Siemens oder die Waggonbau Niesky GmbH sind aktuelle Beispiele. Hunderte Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, Zulieferbetriebe und ganze Landstriche sind bedroht. Die Landesregierung nährt den Eindruck, die Politik könnte nur appellieren oder Fördermittel in Aussicht stellen. Das stimmt aber nicht.

Was die Politik tun kann – und sollte

Klar, über den Kurs eines Unternehmens kann der Landtag nicht befinden. Aber er kann die Regierung zum Kampf zwingen – damit Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen müssen:

■ Das Kündigungsschutz- und das Betriebsverfassungsgesetz könnten Massenentlassungen erschweren, wenn das Unternehmen erfolgreich ist.

■ Im Notfall müssen Transfergesellschaften Standard sein, schon damit Fachkräfte im Land bleiben können.

■ Sachsen sollte eine Landesgesellschaft gründen, die bei Insolvenzen als Investor auftreten, Betriebe retten und langfristig Belegschaftseigentum ermöglichen kann. Werke sollten von den Beschäftigten übernommen und in Selbstverwaltung oder als Genossenschaften fortgeführt werden können.

■ Fördermittel sollen als Darlehen, nicht mehr als Zuschuss gewährt werden. So kann zurückströmendes Geld neu fließen. Öffentliches Geld soll es nur für sichere und gute Arbeitsplätze geben. Werden Standorte verlagert, muss das Unternehmen die Öffentlichkeit entschädigen.

■ Wir wollen das Vergabegesetz ändern, damit öffentliche Aufträge nur an Firmen gehen, die gute Löhne zahlen und Leiharbeit begrenzen.

■ Die Grundversorgung, also die Bereiche Energie, Wasser, Gesundheit, Post, digitale Infrastruktur, Verkehr gehören in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum!

Für Fragen und Anregungen steht Ihnen Nico Brünler, *Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag*, zur Verfügung.

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann, Stand: Januar 2018
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de*